



Mit dem Kopf durch die Wand

Mit dem Betreuungsgeld bringt Schwarz-Gelb wieder großen Unsinn auf den Weg

von Manfred Nink

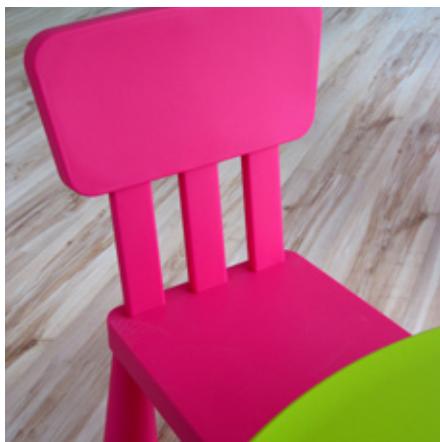
Eigentlich herrscht große Einigkeit gegen das sogenannte Betreuungsgeld – treffender auch Kita-Fernhalteprämie genannt – bei Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Sozialverbänden, bei der EU-Kommission und zunehmend auch in den Reihen von CDU und FDP. Einigkeit bei allen also? Nein, die CSU beharrt auf ihrem Standpunkt. Die Bayern wollen das Betreuungsgeld um jeden Preis, wie es im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP vereinbart ist.

Die CSU hängt hier einem Familienbild nach, das sich in der Realität schon längst überholt hat. In der Welt der CSU soll die Frau daheim bleiben, sich um Haushalt und Kind kümmern, während der Mann das Geld für den Unterhalt der Familie verdient. Deshalb sollen Familien für jedes Kind unter drei Jahren, das nicht in die Kita geht, 100 Euro – ab 2014 sogar 150 Euro – bekommen. Hartz-IV-BezieherInnen soll das Geld jedoch voll angerechnet werden. Das ganze Konstrukt ist absurd und Letzteres setzt dem noch die Krone auf.

Das Betreuungsgeld wird dafür sorgen, dass Kinder von ersten und

wichtigen Bildungserfahrungen, die sie in Kindertagesstätten zusammen mit anderen Kindern machen könnten, ferngehalten werden.

Die Kosten für die Fernhalteprämie können heute noch gar nicht beziffert werden. Die Bundesregierung rechnet vor, dass sie mit rund 400 Millionen für 2013 und 1,2 Milliarden Euro für 2014 rechnet. Experten des Mannheimer Zen-



Rund 200.000 zusätzliche Kita-Plätze könnten statt der Fernhalteprämie finanziert werden. Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

trums für Wirtschaftsforschung haben hingegen ausgerechnet, dass bereits im Jahr 2013 etwa 1,9 Milliarden Euro benötigt werden.

Das Geld, das dort verpulvert werden soll, wird an anderer Stelle

viel dringender gebraucht, nämlich dort, wo es den Kindern wirklich hilft: beim Kita-Ausbau. Ab 2013 gibt es einen Rechtsanspruch für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr auf einen Kindergarten-Platz. Zur Zeit stehen nur für rund ein Viertel aller Kinder unter drei Jahren Kita-Plätze zur Verfügung. Deshalb brauchen wir das Geld viel dringender an dieser Stelle. Denn mit zwei Milliarden Euro ließen sich in Deutschland ungefähr 200.000 neue Kita-Plätze schaffen.

Das Betreuungsgeld macht außerdem den Wiedereinstieg in den Beruf für Frauen unattraktiver. Es ist zu erwarten, dass vor allem gering qualifizierte oder in Teilzeit arbeitende Mütter das Geld in Anspruch nehmen. Die Folge ist, dass sie ohne Arbeit besonders von Armut bedroht sind.

Die jüngste Ankündigung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder, die Rentenanwartschaften von Eltern anzuheben, deren Kinder älter als 20 Jahre sind, hat im Übrigen mit dem Betreuungsgeld in der Sache eigentlich nichts zu tun. Es ist nur ein weiteres Ablenkungsmanöver der Union.

2 | Die Bundespolitik

Verwirrspiel bei der WSV-Reform

Schwarz-Gelb gräbt der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung das Wasser ab

Das Verwirrspiel um die Pläne des Bundesverkehrsministeriums bei der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung geht weiter. Der Trierer SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Nink kritisiert, dass weder Bundestag und Bundesrat noch die Personalvertretungen in den betroffenen Verwaltungen durch das Bundesverkehrsministerium angemessen in die Planungen einbezogen werden.

Manfred Nink erteilt den Plänen des Bundesverkehrsministers Peter Ramsauer (CSU), der WSV das Wasser abzugraben, eine glasklare Absage. Die Bundesregierung will eindeutig die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zerschlagen und plant deshalb ein zentrales Amt in Bonn. Die bisherigen Direktionen sollen aufgelöst und ihre Aufgaben in der neuen Generaldirektion zusammengefasst werden. Betroffen sind davon die Direktionen im ganzen Bundesgebiet – so auch die Direktion Südwest in Mainz. Hunderte Arbeitsplätze sind bedroht.

Alle Entscheidungen zu den Bundeswasserstraßen – ob Planfeststellung oder Neubaumaßnahmen – sollen künftig in Bonn erfolgen. Ganz gleich, ob es um die Elbvertiefung, den Ausbau der Ems oder aber die Spree geht. Schwarz-Gelb schafft damit ein neues Bürokratie-Ungetüm.

Das neue Konzept soll Mitte Mai offiziell vorgestellt werden – pünktlich nach den Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Bis dahin wird den Beschäftigten im Bundesministerium und in der WSV von der Hausleitung ein



Bei der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes führt die Bundesregierung die Abgeordneten sowie die Beschäftigten in den Direktionen und den Wasser- und Schifffahrtsämtern in der gesamten Bundesrepublik an der Nase herum.

Maulkorb verpasst. Von einer aktiven Kommunikation rund um das Thema WSV sei vollständig abzusehen, heißt es dort. So wundert es auch nicht, dass die Personalvertretungen bisher nicht über die Rasenmäher-Pläne informiert wurden. Die stets zugesicherte Beteiligung der Personalvertretungen wird mit Füßen getreten.

In den vergangenen Monaten hat eine „Koordinierungsstelle für die Modernisierung der WSV“ hinter den Kulissen die Weichen für den Kahlschlag gestellt. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages wurden von der Bundesregierung mit immer weiteren inhaltsleeren Berichten, stets neuen Zeitplänen, Untersuchungen und Ankündigungen abgespeist. Nun will Ramsauer offenbar handstreichartig Fakten schaffen – vorbei am Parlament und am Bundesrat.

Seit Monaten setzt sich Manfred Nink zudem besonders für den Erhalt des Standortes des Wasser- und Schifffahrtsamtes in Trier ein. Die Zusammenlegung der Ämter Trier und Saarbrücken ist ein weiteres Element der geplanten Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung.

Auch hier hält sich das Ministerium bedeckt und gibt keine Auskünfte über die Planungen. So kann man von Seiten der Bundesregierung nicht mit den Sorgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umgehen. Bei der geplanten Reform geht es nicht nur um Strukturen, sondern es geht um hunderte Arbeitsplätze – nicht nur in den Direktionen, sondern auch bei den Wasser- und Schifffahrtsämtern.

Praktikum mit Programm

Praktikant Marvin Schwanbeck über seine Zeit im politischen Berlin

Wer bei der SPD-Bundestagsfraktion oder einem/einer Abgeordneten ein Praktikum absolviert, ist schnell voll involviert in das politische Berlin. Eine wichtige Rolle spielt dabei das PraktikantInnen-Programm der Bundestagsfraktion.

Jeden Mittwoch-Abend sind alle Praktikantinnen und Praktikanten sowie studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion zu einem Stammtisch eingeladen. In freundlicher und ungezwungener Atmosphäre können nach Feierabend Erfahrungen ausgetauscht und Bekanntschaften gemacht werden.

Bei diesen regelmäßigen Treffen werden zudem unter anderem Veranstaltungen diskutiert und koordiniert, die das Fraktionsbüro der SPD für die PraktikantInnen und studentischen MitarbeiterInnen organisiert.

Und natürlich wird politisch diskutiert. Im Vorfeld des Stammtisches finden nach Möglichkeit Abgeordnetenfachgespräche zu aktuellen Themen statt. Während meines sechswöchigen Praktikums bei Manfred Nink waren unter anderem die SPD-Abgeordneten Lars Klingbeil zum Thema „Internet und digitale Gesellschaft“ sowie Daniela Kolbe zum Thema „Rechtsextremismus und Politische Bildung“ zu Gast. Beide gewährten interessante Einblicke in ihre Themengebiete sowie in aktuelle parlamentarische Initiativen und Vorgänge. Schnell entwickelten sich angeregte Diskussionen.

Um den Praktikantinnen und Praktikanten auch Einblicke in

das politische Berlin außerhalb des Reichstagsgebäudes und der Bundestagsliegenschaften zu geben, werden regelmäßig Führungen angeboten. Auf dem Programm stehen beispielsweise das Bundeskanzleramt und der Bundesrat. Natürlich darf auch die SPD-Parteizentrale – das Willy-Brandt-Haus – nicht fehlen.

Ein Besuch der Gedenkstätte

lands unter einer verbrecherischen Diktatur zu leiden hatte.

Im Rahmen meines Praktikums, in Manfred Ninks Bundestagsbüro hatte ich somit nicht nur die Gelegenheit, Einblicke in die vielfältige Arbeit im Büro eines Bundestagsabgeordneten und die Arbeitsweise des Bundestages zu bekommen, sondern durch das PraktikantInnen-Programm der SPD-Bundestagsfraktion



Ein Programmpunkt im Praktikum: Ein Besuch des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Hohenschönhausen Foto: Harald Thierlein / Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Hohenschönhausen rundete das vielfältige Programm meiner Praktikumszeit ab und gehört zu den eindrücklichsten Momenten meiner Zeit in Berlin. Die BesucherInnen-Gruppe wurde von einem ehemaligen Gefangenen durch die Gänge, Zellen und Verhörräume geführt. Seine teils sehr persönlichen Schilderungen der Verbrechen, die in diesem Gefängnis verübt wurden, riefen mir eindrücklich ins Bewusstsein, dass es nur etwas mehr als 20 Jahre her ist, dass Berlin eine geteilte Stadt war und eine Hälfte Deutsch-

on auch die Möglichkeit, zahlreiche Veranstaltungen zu besuchen und gute Bekanntschaften zu knüpfen.

Hiermit möchte ich mich auch noch einmal bei allen Mitarbeitern und Mitarbeitern der Fraktion, meinen Kolleginnen und Kollegen im Büro und bei Manfred Nink für eine tolle und spannende Zeit in Berlin herzlich bedanken.

Marvin Schwanbeck ist Student der Politikwissenschaft an der Universität Trier. Er hat ein sechswöchiges Pflichtpraktikum bei Manfred Nink in Berlin absolviert.

4 | Aus Partei und Fraktion

SPD-Kampagne für Kitas statt Betreuungsgeld

Die SPD hat eine Kampagne gegen das von Schwarz-Gelb geplante Betreuungsgeld (siehe Seite 1) gestartet. Teile der Kampagne sind unter anderem ein Themen-Spezial auf der SPD-Homepage (www.spd.de/Politik/Betreuungsgeld) sowie Postkarten, die kostenfrei beim Parteivorstand bestellt werden können. Im Netz ruft die SPD auch dazu auf, abzustimmen, wofür die 2 Milliarden Euro besser eingesetzt werden können als für ein unsinniges Betreuungsgeld.

Screenshot: www.spd.de/Politik/Betreuungsgeld

Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

19. März bis 1. April 2012

Gespräch im Innenministerium Rheinland-Pfalz zu verkehrspolitischen Themen, Parteitag der SPD Trier-Saarburg, Frühlingsfest des SPD-Ortsvereins Ehrang, Frühjahrsempfang der SPD-Bundestagsfraktion, Gespräch bei der Daimler AG zu handelspolitischen Themen, Ortstermin mit Staatsminister Roger Lewentz in Schweich zum Thema Lärmschutz, Frühlingsfest der Kita Mehring, Eröffnung der Sporthalle Osburg

2. bis 15. April 2012

Informationsgespräch mit dem Präsidenten der Universität Trier, Gespräch mit Ver.di-Vertretern, Gespräch mit der PPP-Stipendiatin Cornelia Kliem

16. bis 25. April 2012

Informationsbesuch bei den AHK-Kliniken in Daun, Vorstandssitzung des SPD-Kreisverbandes Trier-Saarburg, Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Longuich, Diskussion mit dem Landesausschuss der Jusos Rheinland-Pfalz in Trier zum Thema Industriepolitik, Gespräch mit Vertretern der Deutschen Polizei Gewerkschaft in Trier, Empfang auf Einladung des luxemburgischen Großerzogs seiner königlichen Hoheit Henri von Nassau, Besuch der IGS und Realschule Plus Morbach

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030/22773317
Fax: 030/22776317
E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:
Christophstraße 1
54290 Trier
Telefon: 0651/9759940
Fax: 0651/44748
E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de
www.manfred-nink.de

Herzlichst, Euer

Keine Zustimmung zum neuen ATALANTA-Mandat

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die SPD hat in Regierungsbeteiligung 2008 beschlossen, die Anti-piraterie-Mission ATALANTA vor der Küste Somalias zu unterstützen, und das Mandat maßgeblich mit ausgearbeitet. Seit Dezember 2008 sind deutsche Kräfte vor Ort.

Bislang hat die SPD-Bundestagsfraktion dieses Mandat mit großer Mehrheit unterstützt. Wir hielten den Einsatz immer für politisch sinnvoll und militärisch vernünftig.

Jetzt aber ändert sich die Sachlage. Es ist geplant, das Einsatzgebiet auf einen zwei Kilometer breiten Küstenstreifen Somalias auszuweiten. Der militärisch Nutzen ist so nicht mehr gegeben. Die Piraten werden leicht vor den Angriffen ausweichen können. Gleichzeitig aber steigt die Gefahr, dass unbeteiligte Zivilisten in die Auseinandersetzungen geraten.

ten und der Konflikt außer Kontrolle gerät. Das ist übrigens ein Grund, warum die NATO bei ihrer eigenen Mission am Horn von Afrika ihr Einsatzgebiet nicht ausgeweitet hat. Luftangriffe sind nie chirurgisch genau, sondern nehmen zivile Opfer in Kauf, auch wenn einige das bis heute nicht verstanden zu haben scheinen.

Selbst Abgeordnete der Koalition zweifeln an der Sinnhaftigkeit des neuen Mandats und überlegen, der Regierung die Zustimmung zu verweigern. Ich werde auf jeden Fall diesem neuen Mandat für ATALANTA nicht zustimmen.